

Initiative sieht Fluglärmstreit vor Entscheidung

Blumberg (fsk). Schon bald erwartet Edwin Fluck, Sprecher der Bürgerinitiative gegen den Fluglärm im Schwarzwald-Baar-Kreis, eine Entscheidung im Fluglärmstreit mit der Schweiz. In einem Gespräch mit Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer in Berlin hätten die Fluglärmgegner den Eindruck gewonnen, dass der Minister die Interessen der Region vollinhaltlich vertritt und gegenüber den Schweizern die Schlagzahl erhöhen wird. »Wir haben den Eindruck, dass der Minister den Fluglärmstreit bald beenden will«, so Fluck. Wenn die Landesregierung zugleich mit der Einrichtung einer Fluglärmkommission Ernst mache, »bewegen wir uns zügig in die richtige Richtung.« Vor allem eine Auflösung des Warteraumes Relax und den Stopp von Umwege- und Warteflügen zu Zürich-Kloten erwartet er.



Ein Schwabe in Australien bastelt sich seine Weihnachtsstimmung selbst

Lebkuchen bei 30 Grad im Schatten? Ein Tübinger in Australien lindert mit einem ganzen Dorf aus Lebkuchenhäusern

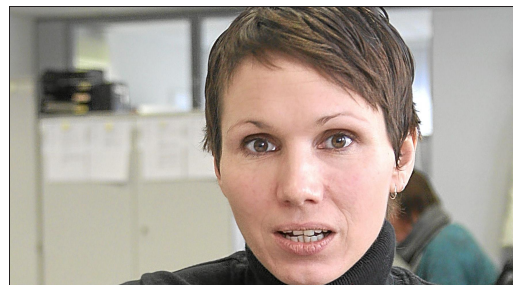
sein Heimweh. Jochen Hess (Bild), geboren in Tübingen und Konditor im Hotel »Four Seasons« in Sydney, hat rund 20

Lebkuchenhäuser zusammengeklebt und im Hotelfoyer aufgestellt. »Bei diesen Temperaturen kommt hier natürlich kei-

ne richtige Weihnachtsstimmung auf. Da muss man sich was überlegen«, sagt der 42-Jährige. Foto: Kwapik

Burg spielt nur noch Nebenrolle

Nagold (hof). Nachdem sich die Nagolder Wähler am Sonntag in einem Bürgerentscheid deutlich gegen den Bau einer 683-stufigen Treppe zur Burgruine Hohennagold ausgesprochen haben, kommt dem imposanten Wahrzeichen der Stadt bei der Landesgartenschau 2012 nur noch eine Nebenrolle zu. »Der Schlossberg ist für die Landesgartenschau GmbH kein Thema mehr«, sagte gestern Nagolds Oberbürgermeister Jürgen Großmann. Die Burgruine Hohennagold auf der Spitze des geschützten Schlossbergs werde nicht mehr die herausragende Rolle als Bespielungsort spielen, die man ihr eigentlich zugedacht hatte. Der Geschäftsführer der Landesgartenschau GmbH, Richard Kuon: »Damit fällt eine Top-Attraktion bei der Landesgartenschau weg.« Offenbar gebe es bei den Bürgern kein Interesse, die Burg attraktiver zu machen.



Die FDP-Bundestagsabgeordnete Judith Skudely vermisst Transparenz.

Landtag soll für 5,9 Milliarden bürgen

Kauf der EnBW-Aktien teurer als geplant?

Von Arnold Rieger

Stuttgart. Damit das Land das 45-Prozent-Aktienpaket am Energieversorger EnBW kaufen kann, muss der Landtag einen wesentlich höheren Kredit mit einer Bürgschaft absichern als bisher bekannt: Statt knapp 4,7 Milliarden Euro sind im Gesetzentwurf 5,9 Milliarden vorgesehen. Der Betrag sei notwendig, weil das Kaufangebot nicht nur dem französischen Staatskonzern EDF, sondern auch den rund zehn Prozent Kleinaktionären gemacht werden müsse, heißt es im Finanzministerium.

Ob diese ihre Aktien tatsächlich ans Land verkaufen, ist zwar noch offen, doch angesichts des hohen Preises von 41,50 Euro je Aktie auch nicht ausgeschlossen. »Ich würde sofort verkaufen, so viel bekommen Sie nie mehr«, sagte der Grünen-Finanzpolitiker Eugen Schlachter.

Dem Vernehmen nach sind rund 200 Millionen Euro von den 5,9 Milliarden für Nebenkosten vorgesehen. Dazu zählen neben diversen Gebühren

auch die Honorare für die Investmentbank Morgan Stanley, die das Geschäft begleitet.

Ministerpräsident Stefan Mappus steht derzeit in der Kritik, weil er diesen Auftrag ohne Ausschreibung dem Deutschlandchef der Bank, Dirk Notheis, gegeben hat. Notheis ist mit Mappus befreundet und sitzt im Landesvorstand der CDU. Die SPD hat Mappus deshalb aufgefordert, diese Geschäftsbeziehungen sofort zu beenden: »Das Land darf nicht in den Verdacht der Vetterleswirtschaft geraten«, sagte Parteichef Nils Schmid. Er verlangt außerdem, dass der Rechnungshof klärt, ob die Vergabe ohne Ausschreibung rechtens war. Auch die Grünen gehen auf Distanz zu dem Aktiendeal. Landeschefin Silke Krebs vermisst Klarheit: »Das Gegenteil ist der Fall.«

Auch beim Regierungspartner FDP wird Kritik laut. Judith Skudely, Bundestagsabgeordnete aus Leinfelden-Echterdingen, erwartet mehr Transparenz – auch als Lehre aus der S-21-Schlichtung.

Mobile Berater sollen ins Arbeitsleben führen

Enquetekommission macht Vorschläge gegen Fachkräftemangel

Von Wolf von Dewitz

Stuttgart. Bis 2030 fehlen bis zu 500 000 Fachkräfte im Südwesten. Eine düstere Prognose, die Parlamentarier in einem Gremium ein Jahr über passende Maßnahmen brüten ließen. Nun liegt ihr fast 1000-seitiges Paket mit Vorschlägen vor.

Eine Enquetekommission des Landtags hat nach einem Jahr Arbeit Vorschläge gegen den Fachkräftemangel vorgelegt. Danach sollten mobile Berater junge Menschen aus bildungsfernen Schichten erreichen und ihnen eine berufliche Perspektive ermöglichen, sagte die Vorsitzende der Kommission, Andrea Krueger (CDU), gestern in Stuttgart. Schwache Schüler mit schlechten Aussichten auf einen Ausbildungsplatz sollten praxisnah in die Arbeitswelt herangeführt werden, wobei den Berufsschulen be-

sondere Bedeutung zukommt. »Wir wollen, dass jeder jeden Tag ein kleines Stückchen besser wird«, sagte Krueger. Für die Maßnahmen stehen 2011 den Angaben zufolge zehn Millionen Euro bereit.

Außerdem soll ein sogenannter Bildungsnavigator im Internet eine Hilfestellung für Jugendliche sein, um sich über Lehrstellen in ihrer Gegend zu informieren.

Studie: Bis 2030 fehlt eine halbe Million Arbeitskräfte

Das 956-seitige Werk mit Vorschlägen enthält mit der Umwelttechnik auch eine neue Fachrichtung an technischen Gymnasien.

Das sogenannte Berufsvorbereitungsjahr für Lernschwache soll zum Ganztagsangebot ausgebaut werden. Zwei Tage pro Woche sollen die Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss in einem Betrieb arbeiten.

Die CDU-Abgeordnete betonte, wie wichtig die duale Lehre sei. Einer Studie zufolge fehlten bis 2030 eine halbe Million Arbeitskräfte, davon 230 000 Absolventen der dualen Ausbildung. Außerdem sei ein verpflichtender Englischunterricht an Berufsschulen nötig. Sehr gute Lehrlinge sollten auch zusätzlichen Fremdsprachenunterricht oder spezielle Handwerkskurse außerhalb ihrer regulären Ausbildung besuchen können.

Der SPD-Obmann in der Kommission, Christoph Bayer, äußerte Kritik an dem Abschlussbericht. Die Vorschläge zur Verbesserung seien mit Perspektive auf das Jahr 2030 erarbeitet worden. »20 Jahre – das ist doch arg weit ausgeholt.« Außerdem mangelte es dem Bericht an verbindlichen Maßnahmen. Am kommenden Mittwoch soll der Landtag das Paket absegnen. Dann würde es zur Umsetzung an die Ministerien weitergeleitet werden.

Bahn: Bau an ICE-Trasse läuft

Stuttgart. Trotz des noch ausstehenden Stresstests für das umstrittene Bahnprojekt Stuttgart 21 laufen die Bauarbeiten an der ICE-Trasse in Richtung Ulm unvermindert weiter. Seit gestern wird bei Aichelberg (Kreis Göppingen) an einer Brücke gearbeitet, wie die Bahn mitteilte. »Der Weiterbau ist ein wichtiges Signal für das Gesamtprojekt«, sagte Projektsprecher Wolfgang Dietrich. Die Bauarbeiten am umstrittenen Stuttgarter Tiefbahnhof hingegen sollen bis Mitte Januar ruhen. Wenn geklärt sei, wie 15 Bäume vor dem ehemaligen Nordflügel umgesetzt werden können, gehe es aber »rasch weiter«.

Mutmaßlicher Mörder gefasst

Böblingen. Nach einem Doppelmord in Baden-Württemberg und Hessen im Frühsommer hat die Polizei einen Tatverdächtigen festgenommen. Es handelt sich um einen etwa 60 Jahre alten Mann. Nähere Einzelheiten wollen die Ermittler heute verkünden. Der Täter soll einen 30-Jährigen bei Magstadt (Kreis Böblingen) und einen 70-Jährigen bei Mörfelden-Walldorf (Hessen) erschossen haben.

Muss Harry Wörz ein viertes Mal vor Gericht?

Einmal verurteilt, zweimal freigesprochen: BGH verhandelt abermals über Revision

Von Ulrich Willenberg

Mannheim/Birkenfeld. Zuerst zu elf Jahren Haft verurteilt, dann zweimal freigesprochen. Der Fall des Harry Wörz ist wohl einmalig in der deutschen Rechtsgeschichte. Nun soll der Bundesgerichtshof darüber entscheiden, ob der jüngste Freispruch Bestand hat oder dem 44-Jährigen ein viertes Mal der Prozess gemacht wird. Die Verhandlung vor dem BGH findet am morgigen Mittwoch statt.

Staatsanwaltschaft und Nebenklage hatten Revision gegen das Urteil des Mannheimer Landgerichts vom Oktober 2009 eingelegt. Sie sind sich sicher, dass Wörz seine Frau Andrea Z. vor mehr als 13 Jahren zu töten versucht hatte. Ganz anders sahen dies die Richter der Mannheimer Strafkammer: Sie halten es für wahrscheinlich, dass Andrea Z. von ihrem damaligen Geliebten bis zur Bewusstlosigkeit stranguliert wurde. Der verheiratete Mann arbeitete ebenso wie das Opfer bei der Pforzheimer Polizei.

Die heute 39-Jährige ist seit

dem Verbrechen in ihrer Wohnung im badischen Birkenfeld schwer geistig und körperlich behindert. Sie muss wie ein Baby gepflegt werden, den Täter kann sie nicht benennen. Der damals getrennt von ihr lebende Harry Wörz hatte zunächst ein Geständnis abgelegt, dieses jedoch später widerrufen.



Harry Wörz könnte der nächste Prozess blühen. Foto: Wittek

Seine Revision gegen die Verurteilung zu elf Jahren Haft hatte der Bundesgerichtshof verworfen. Im Oktober 2004 verfügte das Oberlandesgericht Karlsruhe jedoch die erneute Durchführung des Prozesses, nachdem sich neue

Zeugen gemeldet hatten. Wörz wurde daraufhin nach fast fünf Jahren Haft auf freien Fuß gesetzt.

Im zweiten Prozess sprach das Mannheimer Landgericht Wörz im Oktober 2005 frei und erkannte ihm eine Haftentschädigung zu. Dem Angeklagten sei die Schuld »nicht mit der notwendigen Sicherheit« nachzuweisen.

Der Bundesgerichtshof hob daraufhin auch das zweite Urteil gegen den technischen Zeichner auf. Der BGH rügte die »lückenhaften Beweiswürdigung, die »an durchgreifenden Rechtsfehlern leidet«.

Im letzten Jahr wurde der Fall deshalb ein drittes Mal von einer anderen Kammer des Mannheimer Landgerichts verhandelt. Für Harry Wörz brachte der monatelange Indizienprozess diesmal einen Freispruch erster Klasse. Nicht er sei der Täter, sondern wahrscheinlich der Geliebte des Opfers, erkannte die 3. Große Strafkammer. Die Ermittlungen gegen den Polizeibeamten sind noch nicht abgeschlossen.

Die Verteidiger von Wörz

hatten vor dem Mannheimer Landgericht schwere Vorwürfe gegen die Polizei erhoben. Beweise wie Tagebücher von Andrea Z. seien verschwunden und der Tatort nicht versiegelt worden. Sowohl ihr Vater, auch er Polizist, sowie ihr Geliebter hätten weiterhin Zugang gehabt, obwohl beide zunächst unter Tatverdacht standen.

Wer immer der Täter war, er muss das Opfer gut gekannt haben. Einbruchsspuren wurden keine gefunden. Kurz vor dem Verbrechen hatte ein Nachbar einen lautstarken Disput zwischen Andrea Z. und einem ihr offenbar vertrauten Mann belauscht. »Ich bring dich um, ich schlag dich tot – mit mir kannst du des net machen«, soll der Unbekannte geschrien haben.

Der Vater von Andrea Z. schlief damals in einer Einliegerwohnung im gleichen Haus wie die Tochter. Er fand die bewusstlose Frau mit dem Schal um den Hals, nachdem er durch Geräusche geweckt worden war. Ihr Gehirn wurde durch den Sauerstoffmangel irreparabel geschädigt.